rung bedeuten, sie beruht auf der untrennbaren Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme in ihrer vielgestaltigen Eigenart. Hier in Hamburg, wo der Pulsschlag des Weltverkehrs fühlbarer ist als irgendwo in Deutschland, wird man es verstehen, daß ich die Hoffnung hege, das Gesetz der weltwirtschaftlichen Verbundenheit aller Völker der Erde werde es nicht zulassen, daß einem großen Volke das Recht auf Dasein und Leben abgesprochen werde. Die wirtschaftliche Verknüpfung aller Glieder der Welt kann und darf nicht dulden, daß ein Staat, welcher von seinen Volksgenossen ein Höchstmaß an Leistungen fordert, auf ein Mindestmaß wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit und der Selbstbestimmung herabgedrückt wird. Die Veranstaltung der Ueberseewoche beweist, daß die Hamburger sich zusammengefunden haben, um der Welt erneut kundzutun, daß wir bereit sind, am Werke der Neugestaltung der Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Durch feste Ordnung und rastlose Arbeit muß Deutschland die wirtschaftlichen Grundlagen schaffen, auf welchen sich ein glücklicheres Deutschland aufbauen läßt, und das muß gelingen, wenn draußen in der Welt über Haß und Gewalt endlich Menschlichkeit und Vernunft siegen.

Enver Paschas Tod

Corriere della Sera meldet aus Konstantinopel: Die Berichte über Enver Paschas Tod widersprechen sich. Nach der einen Meldung ist Enver Pascha bei Baldjuan im Kampfe von roten Truppen umzingelt und mit seiner ganzen Truppenabteilung niedergehauen worden. Spätere Meldungen besagen, daß Enver Pascha mit seinem Generalstabe von Bolschewisten gefangen genommen und auf dem Wege in das Internierungslager von den roten Truppen mit seinen 16 Begleitern angeblich wegen Fluchtversuchs ermordet worden ist.

Mit Enver Pascha ist ein Soldatenleben zu Ende gegangen, welches nicht der Abenteuerlichkeit, aber auch nicht der tragischen Größe entbehrt. Dieser in deutscher Schule groß gewordene Kriegsmann, welcher vor dem Kriege als türkischer Militärattachee in Berlin eine bekannte Persönlichkeit war, war so etwas wie der türkische Napoleon, dessen faszinierender Persönlichkeit der Islam blinde Gefolgschaft leistete. Der jugendliche Major, welcher 1908 dem Sultan Abdul Hamid die Wiedereinführung der früheren Verfassung abzwang, welcher im türkisch-italienischen Kriege mit seinen Senussitruppen den Italienern ungeheuer zu schaffen machte und schließlich nach dem Balkankriege als Kriegsminister, Vizegeneralissimus und Schwiegersohn des Sultans die höchste Stufe der militärischen Leiter erklommen hatte, verdankte diesen Aufstieg nicht zuletzt seiner Angehörigkeit zum engeren Ausschuß der jungtürkischen Partei, an deren Spitze er zusammen mit den beiden, seither von Mörderhand gefallenen Talaat und Djemal stand und mit denen er die Türkei an die Seite Deutschlands geführt hatte. Seit dem Friedensschlusse hat er der Sowjetregierung schwer zu schaffen gemacht, und im Kampfe gegen sie hat er nun den Tod gefunden.

Kleine politische Nachrichten.

Bayern und das Reich. Die bayerischen Unterhändler, die im Auftrag der bayerischen Regierungsparteien neuerdings nach Berlin gekommen sind, sollen lediglich Aufschlüsse über einige Punkte des Einigungsprogramms fordern. Die Vereinbarungen selbst werden in ihrer Gesamtheit durch diese Aussprache nicht mehr erschüttert. Man hofft beiderseits, daß die verfassungswidrige bayerische Verordnung in einigen Tagen von der bayerischen Regierung aufgehoben wird.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. Der Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, Senatspräsident Marx, teilte vor dem Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei in Köln mit, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei die Koalition mit der Sozialdemokraten nicht in Zweifel ziehe. Der Provinzialausschuß verlangte eine entsprechende, eindeutigere Fassung des bekannten Aufrufs über die Arbeitsgemeinschaft. Die parlamentarischen Verhandlungen sollen bei Zusammentritt des Reichstages wieder aufgenommen werden.

Einigung über die Gehaltserhöhungen. Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen der organisierten Beamten- und Arbeiterschaft über neue Angleichung der Gehälter und Löhne an die Teuerungsverhältnisse haben nach vielstündigen schwierigen Einzelberatungen zu einem Erfolg geführt. Man hat eine Einigungsgrundlage gefunden, der beide Teile zustimmen konnten. Die Reichsregierung wird die Vereinbarungen gutheißen, sodaß alsbald die Teuerungszuschläge in Kraft treten können.

Zeitungsverbote. Unter den täglichen Zeitungsverboten befindet sich diesmal das Verbot des Miesbacher Anzeigers und der Roten Fahne. Zwei Extreme, die in der Bekämpfung der Republik schon immer einträchtig zusammengewirkt haben, werden hier am gleichen Tage betroffen. Man sieht, daß auch vor Inkrafttreten der Berliner Einigungsbedingungen Bayern mit Preußen einheitlich zum Schutz der Republik zusammenarbeiten kann.

Zwangsabschiebung der Deutschen. Echo de Paris meldet: Die in Paris und im Seinedepartement aufhältlichen Deutschen erhielten polizeiliche Verfügung, sich ab 19. August täglich persönlich im Polizeibureau zu melden. Die Maßnahme deutet anscheinend auf die Zwangsabschiebung der Deutschen auch aus Paris vor.

Schon wieder eine Verfehlung. Der Matin meldet: Die deutschen Kohlenlieferungen sind bis zum 15. August wieder um 35 Prozent hinter der Pflichtmenge zurückgeblieben. Der Reparationskommission liegt der Antrag Frankreichs vor, eine Verfehlung Deutschlands festzustellen.

Französische Kriegsbeschuldigtenprozesse. Das Petit Journal meldet, daß die französischen Kriegsgerichte und zwar das 6. in Chalons sur Marne, das 1. von Lille und das 20. von Nancy beauftragt worden sind, sich mit Prozessen in contumaciam gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten zu befassen. Die Prozesse werden nicht vor dem Monat Oktober beginnen, da zahlreiche Zeugen zu vernehmen sind.

Der internationale Telegraphistenwettstreit, der seit elf Jahren jetzt wieder einmal und zwar in Berlin veranstaltet wird, ist im Reichstagssitzungssaal und zwar vom Reichspostminister feierlich eröffnet worden. Zweihundert Angehörige fremder Verwaltungen, darunter allein 70 italienische Telegraphenbeamte, nehmen daran teil. Nur England und Frankreich haben sich ferngehalten.

Oesterreichs Verzweiflung. Die verbrecherische Leichtfertigkeit, mit der die Entente das verstümmelte Oesterreich sich selber überläßt, droht jetzt zur Katastrophe zu führen. Das Wiener Kabinett will, wenn nicht schleunigst ausgiebige Hilfe kommt, die Geschäfte niederlegen und den Dingen ihren Lauf lassen.

Tschechoslowakisch-Jugoslawisches Bündnis. In Marienbad soll in den nächsten Tagen die Unterzeichnung des erneuerten und auf breitere Grundlage gestellten Bündnisvertrages zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien erfolgen. Die kleine Entente erhält damit ein neues Festigungsmoment.

Beamtenmaßregelungen in Italien. Die italienische Regierung hat 60 Telegraphenbeamte und 111 Eisenbahnbeamte wegen Beteiligung am letzten Generalstreik entlassen und 50000 Eisenbahnern die Gehaltserhöhung gestrichen. Sie hat damit bekundet, daß sie unter keinen Umständen gewillt ist, ein Beamtenstreikrecht anzuerkennen.

Erntevorschau.

In früheren Jahren lagen bereits im August die Schätzungen der Aussaatflächen durch das Statistische Reichsamt vor. Infolge der Abänderung in der Berechnung der Umlage haben die statistischen Anstalten andere Grundlagen für die Schätzung aufgestellt, so daß in diesem Jahre nicht vor Oktober mit der Ermittlung der [illegible] zu rechnen ist. Immerhin lassen sich feststellen, daß infolge der ungünstigen Witterung bei der Aussaat der Winter- und Sommergetreide die Flächen im Umfange der früheren Jahre bestellt wurden. Der Winter brachte jedoch bei Weizen erheblichen Schaden, so daß im Frühjahr rund 15 Prozent wegen Auswinterung umgepflügt werden mußten. Diese Flächen wurden mit Sommerkorn, vor allem aber mit Hafer neu bestellt. Bei Roggen war die Auswinterung geringer; hier litten Wintergerste und besonders Winterraps sehr. Bei Hackfrüchten ist eine Zunahme der Anbaufläche zu verzeichnen; bei Zuckerrüben beträgt der Zuwachs 3,3 Prozent. Die Kartoffeln nehmen etwa dieselbe Fläche ein wie im Vorjahre, jedoch sind sie infolge der Trockenheit im Sommer 1921 recht schwach aufgegangen und mußten teilweise im Frühjahr umgepflügt werden. Die Frühjahrsbestellungen konnten wegen des langen Frostes und der ungünstigen Witterung erst spät in Angriff genommen werden und verzögerten sich gegenüber dem Vorjahre um drei bis vier Wochen. Bis zum Juni wurde das Wachstum mit vereinzelten Nachtfrösten ungünstig, es muß während der Wachstumszeit für die diesjährige Ernte als abnorm bezeichnet werden.

Es ist schwer, heute schon ein einigermaßen sicheres Urteil über die Ernteaussichten abzugeben. Der letzte Bericht des [illegible] der Landwirtschaft über die Ernteaussichten in bezug auf die Brotgetreideernte läßt [illegible] machen. Das günstigste Ergebnis [illegible] die Roggenernte angeben, welche einen guten Durchschnitt verspricht. Der Weizen wird zum [illegible] unter dem Stande des Vorjahres bleiben; [illegible] ist mit einer knappen Mittelernte zu rechnen. Bei Gerste ist das Ernteergebnis im allgemeinen befriedigend. Hingegen sind die Aussichten für Hafer in ganz Deutschland ungünstig. Die Kartoffelernte, über die man im gegenwärtigen Zeitpunkt noch kein größeres Vorurteil erteilen darf, verspricht einen guten Ausfall, ebenso die Zuckerrübenernte, bei der vor allem auch die Vergrößerung der Anbaufläche hinzukommt. Die Futtermittelernte [illegible] in diesem Jahre noch nicht [illegible] werden. Der erste Schnitt der Heuernte, welcher wegen des regnerischen Wetters zum Teil jetzt noch nicht ganz beendet ist, war sehr gering; der zweite verspricht mehr Ertrag. Die Obst- und Gemüseernte befriedigt im allgemeinen; insbesondere fällt die Pflaumen- und Apfelernte ausnahmsweise reich aus.

Annähernd richtige Zahlen für die Erntemengen anzugeben, ist noch nicht möglich. 1921 hatte Deutschland eine Weizenernte von 3½ Millionen Tonnen gegen 2½ Millionen 1920, und eine Roggenernte von 6,8 Millionen Tonnen gegen 4,9 Millionen 1920. Für den rationierten Bedarf brauchen wir eine jährliche Brotgetreidemenge von etwa 4,6 Millionen Tonnen. Von diesem Bedarfe sind 1921/22 durch die Umlage 2½ Millionen Tonnen aufgebracht, etwa 1,9 Millionen Tonnen durch Einfuhr, der Rest durch Ankauf von Inlandgetreide im freien Verkehr. In diesem Jahre wird wiederum die Hauptmenge in Höhe von 2½ Millionen Tonnen durch Umlage von der Landwirtschaft aufgebracht. Damit wäre der Grundstock für die Brotversorgung sichergestellt. Wieviel darüber hinaus für den freien Inlandverkehr noch zur Verfügung stehen wird, läßt sich kaum schätzen, ehe nicht endgültigen Ernteschätzungen und die Anbauflächenstatistik [illegible]. Jedenfalls dürfte sich das Ernteergebnis zwischen dem der Jahre 1920 und 1921 bewegen.

[illegible]

Aue, 19. August 1922.

Wann ist die gesetzliche Miete erstmalig zu zahlen?

Auf eine Anfrage des Stadtrates zu Meißen (Mieteinigungsamt) an das Ministerium des Innern (Landeswohnungsamt) hat dieses geantwortet, daß die Auffassung, daß die gesetzliche Miete schon ab 1. Juli 1922 zu zahlen sei, wenn der Vermieter dieses Verlangen schon am 1. April 1922 den Mietern mitgeteilt habe, falsch ist. Die gesetzliche Miete ist also in allen den Fällen, in denen das Verlangen bis zum dritten Werktage im Juli gestellt worden ist, bei jährlicher, halbjährlicher und vierteljährlicher Mietzinsbemessung ab 1. Oktober 1922, bei Vorauszahlung also erstmalig am 1. Oktober 1922, bei nachträglicher Zahlung erst am 1. Januar 1923 zu bezahlen. Bei monatlicher Mietzinsberechnung konnte das Verlangen zur Zahlung der Reichsmiete bis zum 15. Juli 1922 gestellt werden und diese Miete ist dann bei Vorausbezahlung am 1. August 1922, bei nachträglicher Zahlung am 1. September 1922 zu entrichten. — Ueber die Gültigkeit der geschätzten Friedensmietwerte hat das Ministerium folgendes Gutachten abgegeben: Das Ministerium des Innern (Landeswohnungsamt) sieht Zweifel, ob die vom Wohnungsamt oder Mieteinigungsamt in früheren Streitfällen als angemessen festgestellte Miete, die von der tatsächlich gezahlten Friedensmiete abweicht, als Friedensmiete zu gelten hat, als einen Streitfall über die Höhe der Friedensmiete im Sinne von § 2 Abs. 3 R. M. G. an. Die Entscheidung liegt also beim Mieteinigungsamt. Sie ist eine Entscheidung auf dem Gebiete des Mieterschutzes. Das Mieteinigungsamt entscheidet also nach billigem Ermessen (§ 7 der Mieterschutzordnung). Das Mieteinigungsamt wird also auf Antrag der streitenden Parteien in jedem Falle darüber entscheiden, ob die tatsächlich gezahlte Friedensmiete oder der geschätzte Friedenswert der nach dem Reichsmietengesetz festzusetzenden Miete zugrunde gelegt werden soll.

Zur Bekämpfung der Nonnenplage hat bereits vor längerer Zeit das Kultusministerium seine Verordnung vom 19. Mai 1921 erneut in Erinnerung gebracht, die folgendermaßen lautet: Verordnung an die Bezirksschulämter sowie an die Direktionen bez. Kommissionen der höheren Lehranstalten über die Bekämpfung der Nonne vom 19. Mai 1921. Das schon jetzt bedenkliche Auftreten der Nonne in Sachsen, insbesondere in den an die Tschechoslowakei angrenzenden Bezirken, erfordert, daß sofort beim Erscheinen der Falter ein Sammeln in die Wege geleitet wird. Dies ist nur mit Zuhilfenahme der Schulkinder möglich. Falls hierzu die Notwendigkeit auftritt — und das ist vornehmlich in den Monaten Juli und August zu erwarten —, werden die Bezirksschulräte sowie die Direktionen bez. Kommissionen der höheren Lehranstalten ermächtigt, zu genehmigen, daß auf Antrag der Forstverwaltung Schüler, die sich mit Zustimmung der Erziehungspflichtigen am Sammeln beteiligen wollen, vom Unterricht befreit werden, soweit dies unumgänglich nötig ist. Es ist aber darauf zu halten, daß den Schülern Schutz und Schonung bei ihrer Tätigkeit zuteil wird. Die Teilnahme von Volksschülern hat sich auf Schüler der Oberstufen zu beschränken. Erwünscht würde es sein, wenn sich Lehrer freiwillig in den Dienst der Sache stellen und durch Beaufsichtigung der Kinder bei der Bekämpfung der Nonnengefahr mitwirken würden.

Von den neuen Fünfhundertern. Die Besonderheit der dieser Tage herausgekommenen 500-Mark-Hilfsbanknote liegt, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, im Papier, das auf seiner rechten Seite einen Faserstreifen, und außerdem zwei verschieden helle Wasserzeichen enthält, die sich nur bei diesem besonders hergestellten Papier finden und nicht nachzumachen sind. Auf dieser rechten Seite der Note befindet sich auch die Nummer des Scheines. Zum Schutze vor Verlusten mußten aus diesem Grunde die Bestimmungen über den Ersatz für beschädigte Banknoten abgeändert werden. Die Reichsbank war bisher verpflichtet, eine echte Note dann zu ersetzen, wenn mehr als die Hälfte übrig geblieben war. Bei dieser neuen Hilfsnote würde, da der Schutz des Papieres durch den Faserstreifen und die Wasserzeichen nur auf der rechten Seite wirksam sind, die Möglichkeit bestehen, diese schützenden Streifen abzuschneiden und es wäre dann immer noch etwas mehr als die Hälfte der Note übrig. Deshalb bestimmt die Bekanntmachung, daß für beschädigte Reichsbanknoten über 500 Mark mit dem Ausgabedatum vom 7. Juli 1922 unter den üblichen Voraussetzungen eine Ersatzleistung nur dann erfolgt, wenn Wasserzeichen, Faserstreifen und Nummer in deutlich erkennbarem Zustande auf dem vorgelegten Teile enthalten sind. Es sei daher dringend gewarnt, eine beschädigte Fünfhundertmarknote in Zahlung zu nehmen, von der auch nur eines der drei Echtheitsmerkmale nicht in deutlich erkennbarem Zustande auf der Banknote sichtbar ist.

Ungültige Dollarnoten! In der Provinz Sachsen sind von einem Amerikaner alte, ungültige Dollarnoten aus der Zeit der Unabhängigkeitskriege in größerer Menge in den Verkehr gebracht worden. Die Geschäftsleute haben sie gutwillig angenommen, da sie den englischen Text: Verfall 2 Jahre nach Kriegsschluß — nicht lesen konnten. Gegen den Schwindler, der reiche Beute gemacht hat, wurde ein Steckbrief erlassen. — Da der Schwindler sein Manöver vermutlich auch anderwärts versucht, sei vor ihm gewarnt. Man lasse ihn festnehmen.

Lotteriegenehmigung. Das Ministerium des Innern hat genehmigt, daß der Stiftungsrat der König-Carola-Gedächtnis-Stiftung in Dresden in der Zeit vom 18. bis 21. November 1922 eine Geldlotterie von 200000 Losen zu je 10 Mark veranstaltet.

Theater, Konzerte, Vergnügungen, Kunst.

Platzmusik findet morgen, am Sonntage, auf dem Markte von vormittag 11 Uhr an statt. Die Musikfolge lautet:

1. Krönungsmarsch aus d. Op. Der Prophet v. Meyerbeer
2. Ouvertüre zur Oper Norma v. Bellini.
3. Czardas aus Der Geist des Wojewoden v. Großmann
4. Wein, Weib und Gesang, Walzer v. Strauß
5. Von Gluck bis Wagner, Potpourrie v. Schreiner.

Naturtheater Lößnitz. Auf das Gastspiel der Künstler des Zwickauer Stadttheaters und des Herrn Rud. Portal vom Landestheater Altenburg in Schillers Räubern im Lößnitzer Naturtheater am morgigen Sonntag, sei auch hierdurch aufmerksam gemacht.

Von den Auer Lichtspielbühnen.

Apollo-Lichtspiele Aue. Wenn der seit gestern laufende Film: Das schwarze Kuvert — der beste aller bisherigen Piel-Filme genannt wird, so ist damit kaum zu viel gesagt. Dieser neueste Harry Piel vereinigt eine ganze Reihe Vorzüge in sich, deren jeder für sich allein schon oft für zugkräftig genug gehalten wird, um das Publikum zu einem sechsaktigen Schaustück zu locken. Harry Piel hat durch einen Bank-Krach alles verloren und steht materiell dem Nichts gegenüber. In die im Hochgebirge gelegene Blockhütte, seine Zuflucht, haben ihn zwei treue Freunde begleitet: Greif und Cäsar, zwei prachtvoll dressierte Hunde. Sie sind es, durch deren tatkräftige Mitwirkung er wieder zu Glanz und Ehren kommt und — zu einer Braut. Mit diesen innerpersönlichen Geschehnissen ist ein geheimnisvolles Abenteuer, dessen Gegenheld ein gebildeter Verbrecher ist, eng verknüpft. Diese dramatisch mit Geschick angelegte Handlung entwickelt sich in einem wohlbedachten Tempo, das an keiner Stelle des Vorganges weder Längen noch